

Fachtagung stadt-pflanzen

Thesen zu den fünf Leitfragen

1. *Wie können Eigenaktivitäten und Mitbestimmung von Bewohner/innen zur Gestaltung des öffentlichen Grüns gestärkt und unterstützt werden?*

Die Ausgangsbedingungen für mehr Bürgerengagement in Berlin sind gut. Das belegen viele Beispiele der letzten Jahre. Immer wieder haben sich Bewohner/innen in die Planung, Gestaltung und Pflege von Grün aktiv eingemischt. Initiativen dazu fanden oft erheblichen Zulauf und Unterstützung. Vielfach gelang es ihnen, bürgerfernes Verwaltungshandeln zu stoppen oder doch wesentlich zu verändern.

Fast immer ging und geht es darum, lebendige Natur in der Stadt zu erhalten, sie weniger zu regulieren und zu strangulieren, ihr mehr Raum zu geben. Eine wachsende Zahl von Berlinern/innen – keineswegs nur des bürgerlichen Mittelstands und auch unter Einwanderern – schätzt und verteidigt das städtische Grün als unabdingbaren Teil ihres Lebensraums.

Diese Einstellung muss sich praktisch und alltäglich äußern können. Wie Parkflächen gestaltet, wie mit Straßenbäumen umgegangen, ob und wie wild wachsendes Grün auf ungenutzten Flächen erhalten bleibt, ist keineswegs nur Sache „der“ Verwaltung (mit ihren zudem zu geringen personellen, organisatorischen und finanziellen Kapazitäten). Es kann auch nur sehr begrenzt an zwangsläufig gewinnorientierte Privatunternehmen delegiert werden. Hier müssen Komitees und Initiativen von Bewohnern/innen eine wachsende Rolle spielen. Soweit von diesen zu leisten, sollten ihnen Möglichkeiten gegeben werden, sich an der Pflege und Gestaltung von Grün zu beteiligen. Um dafür zu sorgen, dass Menschen in armen und arbeitsmäßig prekären Lebensumständen daran beteiligt sind, müssen für diese finanzielle Kompensationen gesucht werden. Ehrenamtliches Engagement muss überhaupt möglich gemacht werden.

2. *Wie können solche Bürgeraktivitäten in die Berliner Strategie der biologischen Vielfalt eingebaut werden?*

Damit die derzeit erarbeitete Strategie der biologischen Vielfalt in der Stadt angenommen wird, ist es wichtig, ihre Erarbeitung mit möglichst viel Bürgerbeteiligung zu verbinden. Das zu tun, ist in jedem Fall ein „win-win Spiel“. Die Anliegen dieser Strategie finden weithin Unterstützung. Oft muss „nur noch“ das Verständnis dafür gefördert werden, dass die gewünschte Vielfalt und Buntheit von Flora und Fauna auch davon abhängt, wie „wir“ das unmittelbare Wohnumfeld - Mauerwerk, Fassaden, Höfe, Dächer, Balkone – gestalten. Oder: die Renaturierung von Flussläufen – wichtiger Aspekt in der Schaffung von Biotopverbänden - , welche die Naturqualitäten verbessert und die landschaftlichen Reize entschieden steigert. Ein drittes Beispiel sind die bestehenden, aber auch die von der urbanen Gartenbewegung neu errichteten Gartenkolonien, immerhin 6% der Berliner Gesamtfläche. Hier haben die Nutzer/innen des Gartengeländes angesichts des durchschnittlichen Zustands der Kleingärten enorme Möglichkeiten, die biologische Vielfalt zu steigern. Gerade darum ist es wichtig, die (Klein-) Gärtner/innen in die Erarbeitung von Strategien der Biodiversität einzubeziehen. Der Landesverband der Gartenfreunde zeigt hier große Offenheit.

Aber auch in anderen Handlungsbereichen sind direkte Bürgeraktivitäten sinnvoll und für die Akteure/innen durchaus attraktiv. Die gegenwärtigen Renaturierungsbemühungen um die Panke, in die benachbart wohnende und vor allem junge Menschen einbezogen werden, sind dafür ein ermutigendes Beispiel. In der Gestaltung der unmittelbaren Wohnumgebung sind fördernde und/oder impulsgebende Programme der Stadtpolitik hilfreich und gefragt. Sinnvolle Ansätze waren hier z.B. das Hofbegrünungsprogramm aus den 90er Jahren, in dem öffentliche Unterstützung mit im übrigen gemeinschaftsfördernden Eigenaktivitäten zusammengingen oder auch das Förderprogramm "Zukunftsfähiges Berlin", welches den Agenda-21-Prozess in Berlin qualifiziert und effektiver

gestaltet hat. Impulsgebung für mehr biologische Vielfalt im Wohnumfeld muss im Übrigen keineswegs immer mit finanzieller Förderung verbunden sein.

3. Welchen Beitrag leisten urbane und interkulturelle Gartenprojekte für die ökologische und soziale Stadtentwicklung, und wie können weitere Impulse gegeben werden?

Selber zu gärtnern, ist eine hervorragende Möglichkeit, sich an der Gestaltung von Grün in der Stadt zu beteiligen. Hier werden Städte als Handelnde in der Natur angesprochen und aktiviert. Wie der Zustand vieler Gärten in Berlin (noch) zeigt, kann Natur aber auch zu Tode gepflegt werden. Zwischen dem kurzgeschnittenen Rasen und einer blühenden Wildwiese liegen Welten. Die Stadt sollte insbesondere solche Gartenprojekte fördern und ermutigen, die die Naturqualität bereichern.

Urbanes Gärtnern ist historisch aus vorwiegend sozialen Gründen entstanden. Haushalte armer bzw. lohnabhängiger Familien haben mit ihr eine (zumindest partielle) Selbstversorgung gesichert. In (nicht nur) unserer Stadt, in der inzwischen Hunderttausende in Armut und in ökonomisch ungesicherten Verhältnissen leben, gewinnt das neue Aktualität. Dass gerade Einwanderer/innen¹ an gemeinsamen Gartenaktivitäten interessiert und beteiligt sind, hat neben geselligen und kulturellen durchaus ökonomische Gründe. Den Zugang von in Armut lebenden Bevölkerungsschichten in die bestehenden Kleingartenkolonien stärker zu öffnen und zu erweitern, ist eine soziale Aufgabe, die sich der Berliner Stadtpolitik neu stellt. Sie sollte sekundiert und ergänzt werden durch entsprechende Projekte auf neu zu erschließendem Gartenland.

4. Wie lassen sich Eigenaktivitäten im städtischen Grün mit der Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung verbinden?

Wenn Verständnis und Sensibilität für umweltschonendes Leben und Wirtschaften – tragende Säule des Konzepts der Nachhaltigkeit – gefördert werden sollen, ist die Förderung handelnder Naturerfahrung eine wichtige Hilfe. Menschen lernen in der Pflege und Gestaltung von Grün dessen Wert zu ermessen und zu schätzen. Insbesondere gilt das für die Einbeziehung junger Menschen. Daher sollten die genannten Eigenaktivitäten in die Programme der Bildung für nachhaltige Entwicklung stärker Eingang finden. So sollte jede Schule, jede Kita und jedes Stadtteilzentrum einen Garten betreiben können.

5. Wie können Gemeinschaftsgartenprojekte beitragen, Wahrnehmung und Wertschätzung des öffentlichen Grüns zu verbessern?

Der eingezäunte, die übrige Welt aussperrende Garten sollte sich zunehmend der Vergangenheit angehören. Darum sollten zukünftig Gemeinschaftsprojekte gestützt und gefördert werden. Kommunitär betriebenes Gärtnern hat immer eine Ausstrahlungskraft, allerdings müssen andere Stadtbewohner dann auch Zugang erhalten, auch um Anregungen weiter zu geben und voneinander zu lernen. Grünflächen in der Stadt sollen Gemeineigentum und öffentlich zugänglich sein und bleiben: das gilt ebenso für Gärtnern in der Stadt - auch wenn die Erträge von denen privat angeeignet werden, die sie erarbeitet haben und die sie im Übrigen brauchen.

¹ „Zuwanderer“ sind als „halb außen vor“ abgewertet. Für „Migranten“ ist – beim Worte genommen – eine übergängliche Lebenssituation hier zu erwarten. Allein „Einwanderer“ erkennt den Anspruch auf Dauerhaftigkeit an – das nach Jahrzehnten kontinuierlicher Einwanderung auch im Sprachgebrauch zu tun, ist an der Zeit.

Zum Abschluss unser Handlungsvorschlag:

- Wir regen an, ein dreijähriges **Förderprogramm** über Lotto-Mittel einzurichten, welches vielen Bürgern/innen und Initiativen dieser Stadt ermöglicht, sich nachhaltig an der urbanen Land(wirtschafts)gestaltung zu beteiligen und neue Wege der Freiraumgestaltung und Eigenversorgung zu entwickeln.
- Wir unterstützen die Bemühungen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, eine **Koordinierungsstelle** für Eigenaktivitäten im Stadtgrün, Gemeinschaftsgärten und urbane Landwirtschaft“ einzurichten und wünschen uns analoge Strukturmodelle für die Bezirke.
- Solche **Bildungs- und Beratungsangebote** wie z.B. das Allmende-Kontor, die Beratungsstelle der Berliner Hofgärten für ein gutes Klima und die Leit- und Beratungsstelle für Generationengärten sollten unterstützt und ausgebaut werden.

Berlin, 17.11.2010

Hartwig Berger, Katrin Fleischer, Herbert Lohner, Kristin Radix, Stefan Ziller

Aus dem Beschluss der Lokalen Agenda 21 von 2006 „Berlin zukunftsfähig gestalten“:

Ebenso wichtig wie diese aktive Rolle der Politik ist das Engagement der Bürger in Organisationen und Initiativen. Ohne engagierte Selbsthilfe und Partizipation werden die staatlichen Institutionen überfordert. Deshalb will die vorliegende Agenda einen Beitrag für eine neue Partizipationskultur zwischen den Agendaakteuren aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft leisten. Besondere Beachtung verdient die Arbeit der Bezirke, NGOs, Kirchen und Religionsgemeinschaften. Es wird empfohlen, ihre Erfahrungen und Werte in die weitere Agendaarbeit einfließen zu lassen, S. 14

In interkulturellen Gärten erhalten Einwanderer und Spätaussiedler gemeinsam mit Einheimischen die Gelegenheit, ihre Traditionen und Besonderheiten der Gartengestaltung zu entfalten und sich kulturell näher zu kommen (siehe auch Abschnitt Grünflächen, Kleingärten und naturnahe Flächen IV 3.5), S. 27

Die Bürger werden an Planungen und Maßnahmen, die ihre Belange berühren, umfänglich, angemessen und frühzeitig beteiligt. Hierzu werden sie zunächst über die Partizipationsformen und -möglichkeiten informiert. Ihre Beteiligung als „Experten in eigener Sache“ wird als selbstverständliches und verbindliches Element etabliert. Vielfältige Beteiligungsformen für Bürger auf allen Ebenen werden etabliert. In diesem Sinne sind selbstorganisierte Beteiligungsprojekte konsequent zu unterstützen und im Entscheidungsprozedere des Gemeinwesens zu verankern, 34

Der Senat unterstützt durch geeignete Maßnahmen (z.B. durch Flächenbereitstellung und Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik) die Einrichtung interkultureller Gärten als Orte für den Natur- und Umweltschutz sowie der sozialen Integration in der Region. So sollen bis 2015 die Bezirke nach Möglichkeit jeweils zwei gärtnerisch geeignete Flächen zur Verfügung stellen. Der Zugang zu diesen Flächen wird durch ein angemessenes Verfahren und die öffentliche Bekanntmachung dieser Nutzungsmöglichkeit vereinfacht und beschleunigt. Geeignete Stadtbrachen werden auch im Rahmen der Zwischennutzung zur Verfügung gestellt (vgl. Abschnitt II 3.1), S. 47

„Ein Drittel aller in Berlin konsumierten Lebensmittel stammt aus der Region, S.60